

GR. Peter MAYR

18.01.2007

A N T R A G

Betr.: Publikation des Amtsblattes der Stadt Graz im Internet

Der Magistrat der Stadt Graz ist schon seit langem bemüht, seine Dienstleistungen zunehmend auch über das Internet zur Verfügung zu stellen, sei es im Rahmen der E-Government-Strategie des Bundes oder eigener Projekte.

Ein sehr einfach und ohne zusätzliche Kosten umzusetzendes Angebot wurde bislang noch nicht realisiert: Viele vergleichbare Städte (Linz, Salzburg, Wien, etc.) veröffentlichen ihr Amtsblatt auch auf ihrer Website. Die elektronische Vorlage für den Druck lässt sich heute mit geringstem Aufwand in ein WWW-taugliches Format umwandeln.

Im Sinne eines einfachen und kostengünstigen Zugangs der BürgerInnen zu wichtigen Informationen der Stadt Graz stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats mögen beauftragt werden, das Amtsblatt der Stadt Graz in geeigneter Form auf der Website graz.at zu veröffentlichen.

GR. Kurt Hohensinner

18.01.2007

A N T R A G

Betr.: Relaycenter mit Dolmetschzentrale

Durch das in Kraft tretende des Behindertengleichstellungsgesetzes hat sich Österreich verpflichtet Barrieren abzubauen. Diese oft sehr großen Hürden für Menschen mit einer Behinderung können vielfältig sein. Die meisten von Ihnen werden an Rampen und Aufzüge denken, stimmt natürlich, aber die Unterstützung durch Gebärdendolmetsch ist für gehörlose Menschen ebenso wichtig um eine Barrierefreiheit gewährleisten zu können.

Der Steirische Landesverband der Gehörlosenvereine hatte bis Ende Dezember 2006 eine vom Land Steiermark finanzierte Dolmetschzentrale. Dieses Projekt war als Basissubvention eingerichtet und wird vom Land Steiermark nicht als eigenständiges Projekt gesehen. Eine Weiterführung ist stark gefährdet.

Da durch das Behindertengleichstellungsgesetz und die Festschreibung der Gebärdensprache in der Verfassung die Gebärdensprache eine gesetzliche Leistung geworden ist und somit einklagbar ist, wird der Bedarf schlagartig ansteigen.

Daher bemüht sich der Verband ein Relaycenter mit Dolmetschzentrale für die Steiermark in Graz einzurichten. Das ist absolut notwendig, um für die tägliche Aufrechterhaltung des Kommunikationsflusses einen nahezu barrierefreien Zugang zur hörenden und schriftbezogenen Umwelt zu schaffen und vor allem für in Not befindliche gehörlose Personen rasche Hilfe anbieten zu können. Nur durch ein eigenes Relaycenter kann gewährleistet werden, dass keine Diskriminierung passiert.

Namens der Fraktionen von ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Die Stadt Graz bekennt sich zur Gebärdensprache und führt den Ausbau dieser Leistung fort.

Das Amt für Soziales soll sich mit dem Sozialressort des Landes in Verbindung setzen, um die Finanzierung eines Relaycenter mit Dolmetschzentrale sicher zu stellen.

GR. Kurt Hohensinner

18.01.2007

A N T R A G

Betr.: Prüfung der von der Stadt subventionierten Vereine, Institutionen und Veranstaltungen auf Barrierefreiheit und die Ausarbeitung eines Planes zum Abbau von Barrieren

Seit Jänner 2006 ist das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben sowie einer selbstbestimmten Lebensführung.

Da wir uns Barrierefreiheit bei Liegenschaften der Stadt zum Ziel gesetzt haben, sollte dies auch für von der Stadt subventionierter Vereine, Institutionen und Veranstaltungen gelten.

Unsere Stadt fördert hunderte Einrichtungen, damit alle Grazerinnen und Grazer dieses Angebot wahrnehmen können und daraus in den verschiedensten Lebenslagen profitieren können.

Aber werden auf Grund baulicher Gegebenheiten nicht oft sehr viele Grazerinnen und Grazer von diesem Angebot ausgeschlossen?

Diese Frage sollten wir uns durch eine Evaluierung beantworten lassen.

Jeder Stadtsenatsreferent soll mit seinen Subventionsempfängern einen Plan zum Abbau baulicher Barrieren erarbeiten. Mittelfristig können Teile des Angebotes auch in barrierefreie Räumlichkeiten ausgelagert werden.

Namens der Fraktionen von ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

- Die Stadt Graz wird mit der Hilfe von ExpertInnen (RollstuhlfahrerInnen) alle subventionieren Vereine, Institutionen und Veranstaltungen auf Barrierefreiheit evaluieren.
- Jeder Stadtsenatsreferent soll mit seinen Subventionsempfängern einen Plan zum Abbau baulicher Barrieren erarbeiten.

GR. Thomas Rajakovics

18.1.2007

A N T R A G

Betr.: Beleuchtung im öffentlichen Raum

Das Thema Sicherheit ist eines der ganz wichtigen, die uns im Gemeinderat immer wieder begleiten.

Dabei geht es oft in erster Linie um das subjektive Sicherheitsgefühl. Deshalb haben wir im Novembergemeinderat eine Petition zur Kompetenzstärkung unserer Parkwächter verabschiedet, von der wir hoffen, dass sie noch vor dem Sommer zu einem positiven Ergebnis auch im Landtag führen wird.

Ein zentrales Thema aller Diskussionen rund um Sicherheit ist die Beleuchtung von Strassen, Plätzen und Parkanlagen.

Beim Stadtparkgipfel, beim Arbeitskreis Sicherheit, aber auch bei den Bezirkstouren diverser Zeitungen und Parteien, werden wir immer wieder darauf hingewiesen, dass es in unserer Stadt in diesem Bereich noch mangelt.

Im Verhältnis ist das ausreichende Beleuchten im Vergleich zu anderen Sicherheitsmassnahmen, die meist Personal erfordern, eine sehr günstige Möglichkeit das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Werner Miedl hat im vergangenen Herbst zu einem Diskussionsabend um die Situation rund um die Triestersiedlung geladen. Dabei ist es auch um Beleuchtung gegangen. Sowohl in Innenhöfen, als auch ganz besonders im Schlossarpark wurde dringend ersucht eine Verbesserung herbeizuführen.

Daher stelle ich namens der Grazer VP folgenden

Antrag:

Die zuständigen StadtsenatsreferentInnen und Magistratsstellen mögen prüfen inwieweit eine Beleuchtung für den Schlossarpark nach Möglichkeit noch im heurigen Jahr verwirklicht werden kann, sowie eine Erhebung über die Bezirksräte veranlassen, wo diese in ihren Bezirken bezüglich ausreichende Beleuchtung Handlungsbedarf sehen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Haltestellenausbauoffensive

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Jänner 2007**

So erfreulich sich die Entwicklung im öffentlichen Verkehr durch die Ausbauaktivitäten bei den Straßenbahnlinien 4, 5 und 6 darstellt und wissend um die Bedeutung des Öffentlichen Verkehrs im Hinblick auf Feinstaubbelastung, Parkproblematik ..., gibt es in Bezug auf die unzufriedenstellenden Haltestellensituationen dringenden Handlungsbedarf.

So gibt es zahlreiche Bus- und Straßenbahnhaltestellen, die vor allem ältere und/oder gehbehinderte Personen beim Ein- und Aussteigen größte Probleme bereiten. Auch zahlreiche Initiativen aus diversen Bezirksratsgremien fordern u.a. in der Annenstraße, Münzgrabenstraße eine rasche bauliche Verbesserung der Haltebestellenbereiche.

Durch entsprechende vorgezogene Auftrittsflächen würde sich nicht nur der Ein- und Aussteigekomfort für die Fahrgäste verbessern, sondern es wäre damit auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit – vorbeifahrender Verkehr würde dadurch verhindert werden – zu erreichen.

Namens des Sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständige Magistratsabteilung möge im Sinne des Motivenberichtes eine entsprechende Haltestellen-Ausbauoffensive starten und möge bis spätestens April dieses Jahres dem Gemeinderat über die Vorhaben berichtet werden.

Betreff: Gehsteig-/Gleisparker

GEMEINSAMER ANTRAG VON SPÖ, KPÖ und Grüne

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat DI Dr. Günter Getzinger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 18. Jänner 2007**

Bei den vielen in der Stadt Graz sowie im Gemeinderat geführten Verkehrsdiskussionen wurde und wird mitunter auf die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen vergessen, die FußgängerInnen. Es gilt nach wie vor, diese VerkehrsteilnehmerInnen zu fördern und insbesondere massive Hindernisse dafür abzubauen. Eines dieser „Fußgängerhindernisse“ sind die auf Gehsteigen parkenden Kraftfahrzeuge. Beispiele dafür sind u. a. im Bereich der Reitschulgasse, der Leonhardstraße und Lenaugasse sowie – illegal – in der Jakominigasse zu finden. Dabei verbleiben für den Fußgänger oft nicht einmal mehr ein Meter Platz zwischen den parkenden Autos und den Hauswänden, was Mütter oder Väter, die mit Kinderwagen unterwegs sind (und die ohnehin mit einer Reihe von Erschwernissen im Straßenraum konfrontiert sind) vor geradezu unlösbare Probleme stellt. Die Situation in diesen Straßenzügen ist umso prekärer, als die auf den Gehsteigen parkenden Autos nicht nur den Fußgängerverkehr, sondern straßenseitig auch sehr häufig die in diesen Straßen fahrenden Straßenbahnen in Form von Gleisparkern behindern.

Ich stelle daher namens der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, KPÖ und Grüne den

Antrag,

dass die Gehsteige, insbesondere in den Straßenzügen Reitschulgasse (auf der Nordseite), Leonhardstraße (zwischen der Lichtenfelsgasse und der Merangasse) sowie der Lenaugasse (auf der Westseite) von den auf den Gehsteigen parkenden bzw. haltenden Autos im Sinne des Behinderungsabbaues für den Fußgänger- und den öffentlichen Verkehr zur Gänze befreit werden. Dies selbstverständlich unter Berücksichtigung notwendiger Ladetätigkeit für Gewerbebetriebe. Der für Verkehr zuständige Stadtrat wird ersucht, diesbezüglich dem Verkehrsausschuss bis Ende 2007 Bericht zu erstatten.